

FDP-Wahlprogramm
für den
Landkreis Darmstadt-Dieburg

Kommunalwahl
Am 06. März 2016

Beschlossen auf der
Kreismitgliederversammlung
am 11.02.2016
in Dieburg



LEITBILD	3
BILDUNGSORT KOMMUNE	4
SCHULBAUPROGRAMM	4
PAKT FÜR DEN NACHMITTAG/ GANZTAGSSCHULKONZEPT	4
SCHULENTWICKLUNG	5
FRÜHKINDLICHE BILDUNG	5
INKLUSION	5
BERUFSSCHULEN	5
VOLKSHOCHSCHULEN	6
KOMMUNALFINANZEN	6
HAUSHALT	7
EFFIZIENTE UND LEISTUNGSFÄHIGE KREISVERWALTUNG	7
WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, ENERGIE	8
WIRTSCHAFT	8
EXISTENZGRÜNDUNGEN	9
INDUSTRIE 4.0	9
INFRASTRUKTUR	9
ENERGIE	11
GESUNDHEIT, SENIOREN	11
ÄRZTLICHE VERSORGUNG:	11
KREISKLINIKEN	11
KRANKENHAUSFUSION	12
AMBULANTE MEDIZINISCHE VERSORGUNG	13
SENIOREN UND PFLEGE IM ALTER	14
SOZIALES	15
SOZIALER WOHNUNGSBAU	15
FEUERWEHR, RETTUNGS- UND HILFSDIENSTE	16
FEUERWEHREN, KATSTROPHENSCHUTZ	16
SPORT, KULTUR, VEREINE, EHRENAMT	16
SPORT	17
KULTUR	17
VEREINE UND EHRENAMT	17
FLÜCHTLINGE, INTEGRATION	18

Wahlprogramm der FDP Darmstadt-Dieburg zur Kommunalwahl 2016

Leitbild

Liberaler Politik orientiert sich am Leitbild des „mündigen Bürgers“, der Verantwortung für sich und andere übernimmt. Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner Bürger macht eine Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert. Freiheit heißt Selbstverpflichtung nicht Beliebigkeit. Freiheit bedeutet die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten. Freiheit ist nicht selbstverständlich.

Die Freien Demokraten wollen einen unkomplizierten Staat, der es seinen Bürgern so einfach wie möglich macht und der ihnen Freiräume schafft für ein selbstbestimmtes Leben und ihren bürgerschaftlichen Einsatz für die Gesellschaft. Der Staat soll sie nicht mit unnötiger Bürokratie gängeln. Gerade den Kommunen kommt dabei große Bedeutung zu, denn viele Behördenkontakte haben die Bürger mit kommunalen Verwaltungen. Diese müssen sich deshalb kontinuierlich modernisieren und an den Bedürfnissen der Bürger orientieren, die jeweils aktuellsten Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation nutzen und Abläufe immer wieder auf ihre Effizienz überprüfen. Eine besonders moderne Verwaltung kann besonders schlank sein und gleichzeitig Genehmigungsverfahren und Bearbeitungszeiten verkürzen.

Entbürokratisierung ist für die Freien Demokraten eine Daueraufgabe. Politik vor Ort trägt Verantwortung für eine gute kommunale Daseinsvorsorge. Das heißt aber nicht, dass die Kommune die Dienstleistungen selbst erbringen muss. Im Gegenteil: Durch privatwirtschaftliches Engagement im Wettbewerb lässt sich dies grundsätzlich effizienter organisieren. Die wirtschaftliche Tätigkeit von Städten, Gemeinden und Kreisen muss sich auf die Bereiche beschränken, in denen die erforderlichen Dienstleistungen nicht von privaten Anbietern mindestens gleichwertig oder sogar besser und preiswerter erbracht werden.

Manche wollen derzeit das Rad der Entstaatlichung in der Kommunalwirtschaft zurückdrehen. Die Freien Demokraten nicht! Grundsätzlich gilt für Freie Demokraten: Mehr Privat, weniger Staat – das ist gut für alle, wenn die Leistungen vergleichbar sind und der Wettbewerb stimmt.

Bildungsort Kommune

Bildung ist für Freie Demokraten zentrales Bürgerrecht und genießt für uns oberste Priorität. In der Bildungspolitik sehen wir einen Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit. Jedes Kind hat unabhängig von seiner Herkunft und seinen Voraussetzungen das Recht auf ein bestmögliches Bildungsangebot.

Zentraler Ort für bestmögliche Bildungsangebote ist die Kommune. Liberale Bildungspolitik sieht Angebote in der Kommune von der frühkindlichen Bildung, freier ganztägiger Schule, bis hin zu lebenslangen Lernens vor. Durch kommunale Koordinierung wollen wir diese Angebote miteinander verknüpfen und die Eltern auf dem Bildungsweg ihrer Kinder bestmöglich unterstützen. Wir wollen ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot garantieren, ohne die Eltern von ihrer Verantwortung zur Erziehung ihrer Kinder zu entbinden.

Schulbauprogramm

Die FDP unterstützt das Schulbauprogramm des Landkreises, mit dem insgesamt 400 Millionen Euro bis 2018 in die 81 kreiseigenen Schulen investiert werden. Damit die Kommunen nicht überlastet werden darf die Schulumlage nicht ohne gleichzeitiger Senkung der Kreisumlage erhöht werden.

Nach dem Auslaufen des Schulbauprogramms muss die Sanierung kreiseigener Schulsportanlagen oberste Priorität haben. Ebenso fordern wir ein Konzept zur Sicherung des schulischen Schwimmsports in den Schwimm- und Hallenbädern im Kreisgebiet.

Pakt für den Nachmittag/ Ganztagschulkonzept

Der „Pakt für den Nachmittag“ ist ein entscheidender Aspekt zur erfolgreichen Weiterentwicklung der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen. Wir wollen den flächendeckenden Ausbau an allen interessierten Grundschulen, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, dem Kreis und dem Land Hessen.

Für den Landkreis fordern wir ein „Ganztagschulkonzept“, das den Bedarf der einzelnen Kommunen erfasst. In Ganztagschulen kann nach modernen pädagogischen Konzepten unterrichtet werden. Schülerinnen und Schüler können besser individuell gefördert werden. Der „Pakt für den Nachmittag“ und die Ganztagschulen sind ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit und zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden uns daher auch für eine angemessene finanzielle Ausstattung und die Bereitstellung von qualifiziertem Lehrpersonal durch die Landesregierung einsetzen.

Schulentwicklung

Wir sehen in einem gemeinsamen Schulentwicklungsplan von Landkreis und der Stadt Darmstadt, der von der FDP seit Jahren gefordert wird, große Chancen. Schülerinnen und Schüler im Kreis und in der Stadt profitieren durch die freie Schulwahl davon. Die FDP will die Gespräche mit der Stadt Darmstadt umgehend fortsetzen, mit dem Ziel so schnell wie möglich eine Einigung über einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan zu erreichen. Die von der FDP initiierte Internationale Schule am Schuldorf Bergstraße ist ein wichtiger Standortfaktor für den Landkreis im Wettbewerb der europäischen Wirtschaftsregionen und muss erhalten und weiter ausgebaut werden.

Frühkindliche Bildung

Damit unsere Kinder die besten Chancen haben, müssen Kindertagesstätten altersangemessene Bildungseinrichtungen werden. Kostenfreie Betreuung ist grundsätzlich ein richtiges Ziel. Wir wollen aber zunächst in den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung investieren und erst wenn das Ziel „Bildungsort Kita“ erreicht ist, den Besuch für Eltern kostenfrei stellen.

Wir wollen Eltern ermöglichen Familie und Beruf zu vereinbaren. Beides ist kein Widerspruch. Es ist unser Anspruch, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, das eine mit dem anderen zu verbinden. Dazu gehören z. B. verlässliche Kinderbetreuungszeiten auch in den Randzeiten des Tages.

Inklusion

Bei der Umsetzung eines inklusiven Schulsystems sind die Bedürfnisse des einzelnen Kindes von höchster Bedeutung und stehen im Mittelpunkt. Der Elternwille ist dabei zentral, weil die Eltern die Bedürfnisse ihres Kindes am besten kennen. Wir wollen, dass die Familien ein echtes und freies Wahlrecht zwischen inklusiver Beschulung bzw. dem Gemeinsamen Unterricht und der Förderschule bekommen – das geht freilich nur, wenn auch das Förderschulsystem mit seinen spezialisierten Angeboten erhalten wird.

Berufsschulen

Lebenslanges Lernen erhöht die Chancen auf beruflichen Erfolg und trägt zu mehr Lebensqualität jedes Menschen bei. Die FDP will lebenslanges Lernen konsequent fördern. Alle Angebote müssen transparent für den Bürger gestaltet werden. Lebensbegleitendes und lebenslanges Lernen ist infolge der rasanten Wissensvermehrung, der Globalisierung und des demographischen Wandels eine Notwendigkeit. Dies stellt besondere Anforderungen an die

Weiterbildungseinrichtungen. Für die umfangreichen und vielgestaltigen Anforderungen des lebenslangen Lernens ist jedoch die Vernetzung mit anderen Einrichtungen erforderlich. Die beruflichen Schulen sollen bei dieser Vernetzung eine zentrale Rolle übernehmen und zu Kompetenzzentren für lebensbegleitendes Lernen weiterentwickelt werden. Wir streben einen gemeinsamen Berufsschulentwicklungsplan mit der Stadt Darmstadt und dem Odenwaldkreis an. Die erfolgreiche Arbeit des HessenCampus Darmstadt-Dieburg wollen wir stärken.

Die wichtigen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung und zur Strukturierung der Aus- und Weiterbildungslandschaft sollen fortgeführt und die Angebote weiter ausgebaut werden, damit neue Herausforderungen angenommen werden können.

Volkshochschulen

Die Volkshochschule ist schon lange eine erfolgreiche Weiterbildungseinrichtung unseres Landkreises. Die Angebote der Volkshochschule entwickeln sich in die richtige Richtung und sind einer breiten Bevölkerungsschicht zugänglich. Wir streben auch hier eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Darmstadt an. Die Bildungsangebote der Volkshochschule müssen künftig stärker auf Flüchtlinge und Migranten ausgerichtet werden. Insbesondere das Angebot an Sprachunterricht soll möglichst Wohnortnah erfolgen.

Kommunalfinanzen

Freie Demokraten wollen die Selbständigkeit der Kommunen, die deren Entscheidungskompetenzen stärkt und sie aus lähmenden Politikverflechtungen entfesselt. Im Zuge der Neuordnung öffentlicher Aufgaben sollen, wo es möglich ist, Aufgaben des Bundes und des Landes auf die kommunale Ebene nur dann übertragen werden, wenn die strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips garantiert ist. Konnexität bedeutet: Wer eine Aufgabe überträgt, muss dafür auch deren Kosten tragen. Schließlich muss gelten: „Wer bestellt, der bezahlt.“ Aufgabe der Kommunen ist es, in erster Linie ihre Pflichtaufgaben wirtschaftlich und sparsam zu erfüllen. Bei der Erfüllung freiwilliger Aufgaben sollen sich die Kommunen auf ihre koordinierende Funktion konzentrieren. Vorrang müssen immer private bzw. bürgerschaftliche Initiativen haben, die allenfalls durch begleitende Maßnahmen des Kreises und der Kommunen unterstützt werden können. Für Freie Demokraten hat bürgerliches Engagement grundsätzlich Vorrang vor staatlicher Regulierung. Die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs muss den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Konnexität berücksichtigen und eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Hessischen Kommunen gewährleisten.

Staat und Politik müssen nachhaltig wirtschaften. Sonst sorgen sie nur für weitere Schulden, die die Bürger immer mehr in ihrer Freiheit einschränken. Nachhaltig kann daher nur eine Politik sein, die rechnen kann. Ein Staat, der über seine Verhältnisse lebt, vergreift sich am Wohlstand künftiger Generationen. Der heutigen Generation steht es nicht zu, kommenden Generationen ihren Weg durch Schuldenberge zu verbauen.

Haushalt

Die finanzielle Situation des Landkreises ist nach wie vor sehr Besorgniserregend. Der Schuldenstand steuert auf eine halbe Milliarde Euro zu. Die Eigenkapitalquote sank im Zeitraum seit Erstellung der Eröffnungsbilanz (2009) von 44,6 % auf nur noch 8,54 %. Gleichzeitig stieg der Verschuldungsgrad von 75,3 % auf 238 %, eine Situation, in der ein Wirtschaftsunternehmen vergleichsweise Konkurs anmelden müsste. Ein nachhaltiger Schuldenabbau ist in den nächsten Jahren jedoch nicht zu erwarten. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren rückläufig sein, wird sich das Defizit noch weiter erhöhen.

Ziel der Liberalen ist es, den Kreishaushalt aus eigener Kraft dauerhaft zu konsolidieren. Alle Leistungen, die der Landkreis erbringt, müssen ständig auf ihre Notwendigkeit und ihre Effizienz hin überprüft werden, um wesentliche Einsparpotenziale zu generieren. Die FDP setzt sich dafür ein, dass z. B. alle Möglichkeiten des E-Government konsequent genutzt werden. Viele kommunalen Verwaltungsvorgänge lassen sich durch Digitalisierung effektiver und wirtschaftlicher erledigen. Ein ausgeglichener Haushalt muss 2016 und in den folgenden Jahren der Normalfall werden.

Effiziente und leistungsfähige Kreisverwaltung

Es war die FDP, die seit Gründung des Landkreises Darmstadt-Dieburg nach der hessischen Gebietsreform konkrete Forderungen nach Beauftragung externer Rationalisierungs- und Verwaltungsexperten durchgesetzt hat. Ziel war es, durch Optimierung der Verwaltungsabläufe eine schlankere, leistungsfähigere Organisation zu gestalten. Entsprechende Vereinbarungen scheiterten leider in der Vergangenheit. Umso mehr haben es die Liberalen begrüßt, das Landrat Schellhaas dieses Thema wieder aufgegriffen hat.

Die abschließenden Ergebnisse dieses seit 2011 mit der Beauftragung der „Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ (KGST) eingeleiteten Prozesses liegen aber leider bis heute nicht vor, obwohl die Kreisverwaltung selbst inzwischen Teile des Untersuchungsauftrags übernommen hat.

Die von FDP stets geforderte konkrete Verschlinkung der Kreisverwaltung die sich spürbar auf die Haushaltskonsolidierung auswirken würde, ist nicht erkennbar und

wird von der FDP nachdrücklich weiterverfolgt. Im Gegenteil wurden weitere Personalstellen geschaffen, die nicht durch den erhöhten Personalbedarf für Flüchtlinge zu begründen sind. Ebenso wenig wurden auch ausdrücklich empfohlene Kostenreduzierungen, wie z.B. beim Zuschussbedarfs für den ÖPNV, nicht umgesetzt. Der Landkreis muss künftig deutlich mehr Anstrengungen unternehmen.

Wirtschaft, Infrastruktur, Energie

Unternehmen anzusiedeln und ihnen Entwicklungschancen vor Ort zu geben, sind Kernanliegen liberaler Kommunalpolitik. Mittelstands- und technologiefreundliche Rahmenbedingungen und eine leistungsfähige Infrastruktur sind Voraussetzungen für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, die vorhandene Infrastruktur so auszubauen, dass Unternehmen und Arbeitnehmer optimale Bedingungen vorfinden. Straßen- und Schienennetz sowie das übrige ÖPNV-Angebot müssen mit der Entwicklung der Standorte Schritt halten.

Wirtschaft

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat inmitten der Metropolregion Rhein-Main/Neckar und im Umfeld der Wissenschaftsstadt Darmstadt herausragende Standortchancen. Eine Vielzahl weltweit tätiger Unternehmen, Organisationen und Institutionen prägen mit Wissenschaft und Forschung die Region der Automation, Chemie und Pharma, IT und Telekommunikation, Logistik sowie Luft- und Raumfahrt.

Unter Federführung der Internationalen Standortmarketing Rhein-Main GmbH ist der Landkreis bei der Akquisition zur Neuansiedlung und Investitionsvorhaben von Unternehmen zentraler Ansprechpartner für potenzielle Interessenten und Kooperationspartner für unsere 23 Kommunen. Der Landkreis soll dabei auch die Serviceleistungen der HessenAgentur und der Hessen Trade & Invest in Anspruch nehmen.

Gezielte Wirtschaftsförderung schafft und sichert damit Wachstum, Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Wir wollen im Landkreis ein Netzwerk von Existenzgründern schaffen, in dem Erfahrungen ausgetauscht werden können. Mittelständische Unternehmen sind für die FDP die Basis der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie schaffen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Wir wollen den überflüssigen Bürokratieaufwand abbauen und die notwendigen Rahmenbedingungen spürbar verbessern. Deshalb werden wir in der neuen Legislaturperiode dem Kreistag z.B. neue Richtlinien für die Angebots- und Auftragsvergaben des Landkreises vorlegen, die den Handwerksbetrieben und mittelständischen Betrieben neue Möglichkeiten bei den erweiterten Möglichkeiten der Freihandvergabe eröffnen.

Existenzgründungen

Bei der Gründung neuer Unternehmen soll der Landkreis mit kompetenter Unterstützung und Beratung die Entwicklung eines neuen Unternehmens begleiten. Insbesondere ist hier eine Beratung und Hilfestellung bei der Beantragung von Fördermitteln erforderlich. Ebenfalls wird bei einer Unternehmensgründung die Koordination der verschiedenen beteiligten Fachabteilungen in der Verwaltung und anderer Institutionen übernommen. Wir wollen ein Netzwerk von Existenzgründern schaffen, in dem Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Industrie 4.0

Die Herausforderung der Zukunft für die Unternehmen ist die „Vierte industrielle Revolution“. Durch die hoch komplexe Verflechtung der Produktion mit dem schnell wachsenden Internet, werden Fertigungsprozesse immer mehr von intelligenten Maschinen koordiniert und gesteuert. Es werden zunehmend auf individuelle Kundenwünsche zugeschnittene Produkte verlangt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben hier Chancen, weil sie flexibel reagieren können. Wir unterstützen deshalb das „Zukunftsprojekt Industrie 4.0“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die FDP fordert für die Metropolregion Rhein-Main eine länderübergreifende gemeinsame hessische, rheinland-pfälzische und bayerische Zusammenarbeit in allen nachbarschaftlichen Belangen in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Raumordnung.

Infrastruktur

Wirtschaft und Bürger des Landkreises sind auf eine gut ausgebaute, leistungs- und zukunftsorientierte Verkehrsinfrastruktur mit Straßen, Schienen und Radwegen angewiesen. Unser Ziel ist es ein hohes Maß an Mobilität bei der Nutzung aller Verkehrsträger zu erreichen. Dabei orientieren wir uns, ohne ideologische Scheuklappen an den Bedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft.

Die durch die FDP stets geforderte und von der Stadt Darmstadt endgültig ab geplante Nord-Ost Umgehung führt zu unzumutbaren Verkehrsproblemen für den Osten des Landkreises und der gesamten Region. Die FDP in Darmstadt und Darmstadt-Dieburg fordert deshalb eine weiträumige Umfahrung Darmstadts als

einer der tragenden Säulen der regionalen Verkehrsentwicklung. Gleichzeitig muss die Infrastruktur am Ostbahnhof ertüchtigt werden. Vorhandene Freiflächen sind als kostengünstiger Parkraum für den Umstieg auf den ÖPNV vorzusehen. Wir schlagen vor, die Straßenbahnlinie zum Luisenplatz zu reaktivieren.

Ebenfalls wirkt sich die Einführung der Umweltzone in Darmstadt auf die Verkehrssituation im gesamten Landkreis negativ aus. Für die betroffenen Unternehmen im Kreisgebiet müssen wirtschaftlich verträgliche Lösungen gefunden werden.

Die FDP setzt sich für eine optimale Einbindung Darmstadts in das ICE – Hochgeschwindigkeitsnetz und eine verkehrlich optimale Anbindung an die wichtigen überregionalen Knotenpunkte ein. Ein Halt für die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim in Darmstadt muss jedoch wesentlich von Darmstadt selbst getragen werden und kann nicht zu Lasten der Bürger in den durch einen Nord- bzw. Südanchluss betroffenen Landkreis-Kommunen gehen. Alternativ fordert die FDP eine schnelle Zugverbindung an das ICE-Netz über die Drehscheibe des Fernbahnhofs am Flughafen Frankfurt.

Die Odenwaldbahn ist ein Erfolgsmodell und stößt in naher Zukunft an ihre Kapazitätsgrenzen. Sie ist dort, wo es möglich ist, zweigleisig auszubauen. Auf der Bahnlinie Aschaffenburg – Darmstadt – Wiesbaden fordern wir eine besseres Fahrplanangebot und kürzere Taktzeiten.

Durch den Bau von Ortsumgehungsstraßen wollen wir die Städte und Gemeinden unseres Landkreises weiter entlasten und unsere Bürger vor übermäßigen Straßenverkehr, Lärm und Gesundheitsschädigung schützen.

Die FDP unterstützt u. a. folgende Straßenprojekte

- 3-spurigen Ausbau der B-26 Babenhausen-Dieburg – bayrische Grenze
- B26 Babenhausen (Südumgehung)
- B 38 Ortsumgehung Groß-Bieberau
- Ausbau der B 42 Weiterstadt –Richtung Groß-Gerau
- Ausbau der B45 Groß-Umstadt-Dieburg
- Umgehungsstraßen der B 426 Wembach-Hahn, Reinheim und Otzberg-Lengfeld.
- Umgehungsstraße Eschollbrücken

Gerade für die Mobilität im ländlichen Raum ist eine optimale ÖPNV-Nahverkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Wir wollen diese Strukturen weiter verbessern. Dazu gehört es auch die Haltestellen behindertengerecht zu gestalten.

Eine weitere Vernetzung der Radwege unterstützt die Mobilität der Menschen, es soll zügig weiter ausgebaut werden.

Energie

Wir Freien Demokraten fordern eine zukunftsfähige Energiepolitik, die bezahlbar, versorgungssicher und naturverträglich ist. Die Energiewende funktioniert nur, wenn wieder marktwirtschaftliche Prinzipien eingehalten werden. Wir wollen ein Ende der Planwirtschaft in der Energiepolitik.

Wir setzen bei den Erneuerbaren Energien auf Effizienz und Planungssicherheit. Fehlentwicklungen der Energiewende treten die Freien Demokraten entschieden entgegen. Die Freien Demokraten erwarten ein klares Umsteuern der Bundesregierung: Solange Wind- und Solarstrom nicht ausreichend gespeichert werden können, sind sie für eine sichere Versorgung mit Strom nur bedingt geeignet.

Bei der Entscheidung über den Bau von Windkraftanlagen im Landkreis fordern wir eine bessere Beteiligung der Bürger. Wir setzen uns für eine sinnvolle Nutzung der Windenergie dann ein, wenn dabei die Lebensqualität der in der geplanten WKA-Standortumgebung lebenden Menschen dauerhaft gewahrt wird.

Bei der Genehmigung der Anlagen fordern wir weiterhin eine Abstandsregelung H10 (Höhe des Windrades mal 10 in Metern) zum besseren Schutz von Menschen, Natur und Landschaft. Die FDP lehnt Windkraftanlagen im Bereich des Geoparks Odenwald/Bergstraße ab.

Gesundheit, Senioren

Ärztliche Versorgung:

Die Sicherstellung einer guten gesundheitlichen Versorgung für die fast 288.000 Bürgerinnen und Bürger Darmstadt-Dieburgs ist eine Kernaufgabe für unseren Landkreis und seine Kommunen. Sie stellt die Gesundheitspolitik gerade im ländlichen Raum vor besondere Herausforderungen.

Kreiskliniken

Die gesetzliche Verpflichtung, die medizinische Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen der Grund- und Regelversorgung sicherzustellen, erfüllt der Landkreis durch seine als Eigenbetrieb wirtschaftlich selbständigen Kreiskliniken in Groß-Umstadt als Haus der Regelversorgung (und hessischer Notfallstandort) sowie in Seeheim-Jugenheim als Haus der Grundversorgung. Unsere Kreiskrankenhäuser sind mit Hilfe externer Expertenberatung, die bis zur Übernahme der

betriebsleitenden und geschäftsführenden Verantwortung führte in den letzten 10 Jahren wirtschaftlich weitgehend stabilisiert und wettbewerbsfähig aufgestellt worden.

Mit seinem 47 Jahre alten sanierungsbedürftigen Bettenhaus ist die Klinik in Groß-Umstadt nicht mehr wettbewerbsfähig und wirtschaftlich zu betreiben: Bauliche Struktur, geringe Stationsgröße, zu wenig Aufzüge und Nasszellen, veraltete Fachtechnik sowie Brandschutzprobleme machen einen Neubau alternativlos. Er wird deshalb von der FDP unterstützt.

Ein kompletter Neubau des Krankenhauses würde 135 Mio. Euro kosten, von denen das Land Hessen lediglich 40 Mio. Euro übernimmt. Mit diesen Landesmitteln und über ein Darlehen des Klinikträgers sollen bis 2020 zunächst in zwei ersten Bauabschnitte mit einem Volumen von 73 Mio. Euro das 9000 qm große Bettenhaus gebaut sowie medizinische Teilbereiche neu geordnet werden. Finanziell steht der Landkreis mit seinem Eigenbetrieb damit vor einer Investition in das Gesundheitswesen von bisher unbekannter Dimension. Bei der notwendigen Fremdfinanzierung musste mit externer Expertise ein Modell erarbeitet werden, das gleichzeitig - bei einer Krankenhausfusion mit den Städtischen Kliniken – ermöglicht, das enorme Finanzierungsvolumen des Eigenbetriebs auf eine dann neue Gesellschaft mit selbständiger Rechtsform zu übertragen.

Krankenhausfusion

Kooperationen, Verbünde und Fusionen von eigenständigen Kliniken sind angesichts der oft seit Jahren erwirtschafteten immensen Defizite immer zwingender. Die FDP hat deshalb bereits im März 2009 im Kreistag einen einstimmig gefassten Beschluss erreicht, auf den die Gesundheitspolitik des Landkreises nach wie vor ausgerichtet ist. Er verlangt die Aufnahme entscheidungsreifer Verhandlungen über eine strategische Partnerschaft der Kreiskrankenhäuser mit anerkannten, medizinisch und finanziell leistungsfähigen Klinikträgern über Kooperation oder Verbund und, wenn notwendig, die damit verbundene Änderung der Gesellschaftsform. Mit dem Verzicht auf zunächst geforderte Verhandlungen mit „privaten“ Krankenhausträgern sicherte die liberale Fraktion die Mehrheit für diesen Grundsatzbeschluss. Die derzeitigen Hoffnungen des Landkreises sind die anhaltenden Bemühungen auf eine Fusion mit dem Klinikum Darmstadt gerichtet.

Die FDP wird weiterhin an ihrem Ziel eines großen Klinikverbundes in Südhessen festhalten, jedoch nicht um jeden Preis, wenn sich das Projekt wegen zu hoher Folgekosten für unseren Landkreis als wirtschaftlich unvertretbar erweist.

Die FDP bleibt auch bei ihrer Grundsatzposition, dass sie eine ideologische Fixierung

des Gesundheitswesens auf allein öffentlich-rechtliche Trägerschaft ablehnt. Deshalb unterstützen wir Formen privatrechtlicher Trägerschaft oder Beteiligung, wenn sie unsere medizinische Versorgung in mindestens gleichem Umfang und gleicher Qualität auf Dauer sichert, noch dazu, wenn sie geeignet ist, Millionendefiziten und Insolvenzgefahren entgegenzutreten.

Ambulante medizinische Versorgung

Der Mangel an niedergelassenen Ärzten gerade in den ländlichen Regionen ist jetzt schon problematisch und wird sich in den nächsten Jahren erheblich verschärfen. Wenn die etwa 160 Hausärzte im Landkreis Darmstadt –Dieburg ihre Praxen an den 110 Standorten altersbedingt mit 65 Jahren abgeben, liegt der Wiederbesetzungsbedarf in vier Jahren bereits bei 43 Prozent. Schon 2014 fehlten im Landkreis nach Berechnung der KV Hessen 14 Hausärzte. Fast 60 % der Facharztpatienten in Darmstadt kommen aus der umliegenden Region, also auch aus dem Landkreis.

Wirtschaftliche Risiken, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gerade für junge Ärztinnen und sinkende Honorare machen bei der ambulanten Versorgung konzeptionelle Änderungen in der Versorgungsstruktur erforderlich. Deshalb hat der Landkreis über Haushaltsmittel seines Eigenbetriebs Kreiskrankenhäuser im Juni 2014 in Ober-Ramstadt ein erstes hausärztliches Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) gegründet.

Weil dieser direkte Einstieg des Landkreises in die ambulante medizinische Versorgung seiner Gemeinden sowie in den Wettbewerb und die Belange der freiberuflichen niedergelassenen Ärzte für das Gesundheitswesen systemimmanent ist, setzte die FDP im Kreistag durch, dass es vor Verabschiedung eines Grundsatzkonzepts für die flächendeckende ärztliche Versorgung im Landkreis keine Genehmigung für weitere öffentlich-rechtlich getragene MVZ gibt. Über diesen einstimmig gefassten Parlamentsbeschluss setzte sich die Kreisspitze jedoch hinweg und gründete im September 2015 ein zweites, diesmal fachärztlich ausgerichtetes MVZ am Kreiskrankenhaus in Jugenheim.

Wegen der somit gegebenen Eilbedürftigkeit eines Gesamtkonzepts erreichte die FDP im Kreistag die Zustimmung zu dessen Vorlage noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode. In der letzten Sitzung am 12. Februar dieses Jahres konnte deshalb beschlossen werden, dass - wie von den Freien Demokraten von Anfang an gefordert - der Kreistag über jede MVZ-Gründung zu entscheiden hat. **Außerdem** darf es bei der ambulanten hausärztlichen Versorgung grundsätzlich keinen Wettbewerb zu freiberuflichen Praxen durch MVZ-Gründungen des Kreises geben, es sei denn als Ultima Ratio bei drohendem Versagen aller weiteren Möglichkeiten.

Ein klares Bekenntnis also zum liberalen Grundsatz „Privat vor Staat“.
Im fachärztlichen Bereich unterliegen Entscheidungen allerdings zusätzlichen wettbewerblichen, ökonomischen und sektorenübergreifenden Aspekten.

Senioren und Pflege im Alter

Wie überall in Europa verändert sich auch in Deutschland die Altersstruktur. Mit dem demografischen Wandel, der einhergeht mit einer Gesellschaft des längeren Lebens, sind ältere Menschen heute überwiegend gesund, gut ausgebildet und aktiv wie noch nie zuvor in der Geschichte. Die Lebensphase Alter ist verbunden mit dem ausgeprägten Wunsch nach einem aktiven, in hohem Maße selbstbestimmten Altern, verbunden mit dem Verbleib in der eigenen Wohnung, aber auch einer Infrastruktur, die ein selbständiges Bewegen im öffentlichen und privaten Raum zulässt.

Die FDP setzt sich deshalb mit Nachdruck für Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen ein. Es gilt, älteren Menschen neue Wege für Selbst- und Mitverantwortung in der Gesellschaft zu ebnen, auch über Familiengrenzen hinaus. In einer Gesellschaft des langen Lebens stecken enorme Kräfte: Die Zeit und die Bereitschaft der Älteren, gerade auch in den Kommunen Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Vor allem dürfen Bildung und Qualifizierung nicht länger auf die erste Bildungshälfte beschränkt werden.

Auch bei zunehmenden gesundheitlichen Einschränkungen muss Selbstbestimmung die Leitlinie sein: Einerseits können Assistenz und ambulante Pflege das Leben in der gewohnten häuslichen Umgebung ermöglichen, andererseits sollen auch bei stationärer Pflege Privatsphäre und Wahlmöglichkeiten soweit wie irgend möglich erhalten bleiben. Das Pflegepersonal muss dabei durch den Abbau von Dokumentationspflichten wieder mehr Zeit für Mitmenschlichkeit und Kommunikation haben. Zuwendung und soziale Verantwortung geschieht von Mensch zu Mensch. Viele Politiker wollen sie jedoch immer mehr in Sozialsysteme wegdelegieren. Den sozialen Kitt-sei es in der Familie, unter Freunden oder in der Nachbarschaft -kann keine Wohlfahrtsbürokratie ersetzen.

Nach wie vor werden 80% der Pflegebedürftigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu Hause gepflegt. Aufgrund des Ausbaus der stationären Pflege waren Ende 2014 im Durchschnitt nur 78 % der zur Verfügung stehenden Kapazitäten belegt.

Für stationäre, teilstationäre sowie ambulante Pflege und Betreuung besteht bereits ein ausreichend großes Angebot an Trägern, die die entsprechenden Leistungen vorhalten. Die FDP sieht daher derzeit keine Notwendigkeit für ein Engagement des Landkreises, sei es unter dem Dach der Seniorendienstleistung gGmbH Gersprenz

oder in anderen Rechtsformen.

Auch bei den Pflegeeinrichtungen muss ein fairer Wettbewerb mit den privaten Trägern gewährleistet sein, indem der Kreis unter Einsatz von Steuergeldern und über sein bisheriges Senio-Engagement hinaus wiederum nur als Ultima Ratio tätig werden soll, wenn privatwirtschaftliche Versorgungseinrichtungen zu versagen drohen.

Die FDP unterstützt die Einrichtung eines weiteren Pflegestützpunktes im Westkreis, da eine ausführliche Beratung von Betroffenen und ihren Angehörigen in Pflegefällen bei der Vielfalt der Angebote notwendig ist.

Soziales

Liberaler Sozialpolitik beruht auf dem Bild des freien Bürgers, der Verantwortung für sich selbst und andere übernimmt. Sie zielt darauf ab, Menschen, die der Hilfe bedürfen, soweit wie möglich Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Liberaler Sozialpolitik setzt für die Menschen Anreize, selbst tätig zu werden und sich aktiv aus der Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung zu befreien. Bedürftige erhalten staatliche Grundsicherung.

Liberaler Sozialpolitik verfolgt einen umfassenden Ansatz. Zum einen müssen die Lebensrisiken Krankheit, Pflege, Alter und Arbeitslosigkeit abgesichert werden. Zum anderen sollen über gute und für alle offene Bildungseinrichtungen sowie über einen durchlässigen und flexiblen Arbeitsmarkt und eine kinderfreundliche Familienpolitik alle Bürger die Chance bekommen, sich und ihre Familien zu ernähren und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Sozialer Wohnungsbau

Nicht nur in den Städten unserer Metropolregion Rhein-Main, sondern auch in unseren Landkreisgemeinden ist mehr Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen dringend geboten. Die große Anzahl an Asylsuchenden und Flüchtlingen verschärft diese Situation erheblich. Die Schaffung von zusätzlichen Sozialwohnungen ist aufgrund der hohen Nachfrage dringend geboten. Der Kreis hat hier die Aufgabe, im Zusammenwirken mit den Kommunen und den Wohnungsbaugesellschaften oder privaten Investoren koordinierend tätig zu werden. Die FDP hat dazu als bisher einzige Fraktion im Kreistag ein von Fachleuten als ideal bezeichnetes, konkretes Konzept vorgestellt, das in anderen Landkreisen in Hessen bereits realisiert worden ist.

Die Freien Demokraten werden darauf drängen, dass der Landkreis Darmstadt – Dieburg und seine Kommunen den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge –wenn irgend möglich- in der Weise und in den Ortslagen vorsieht, die für eine spätere Nutzung als Sozialwohnung geeignet sind.

Feuerwehr, Rettungs- und Hilfsdienste

Die Bewältigung der heutigen Aufgaben in den Bereichen des Brand- und Katastrophenschutzes, der technischer Hilfeleistungen sowie der rettungsdienstlichen Hilfe werden in unserer Gesellschaft häufig als selbstverständlich angesehen. Dass diese Aufgaben zum überwiegenden Teil von ehrenamtlichen Helfern sichergestellt werden, ist den Menschen vielfach nicht bewusst und wird bis heute in der öffentlichen Meinung nicht ausreichend honoriert. Die Bereitschaft, zum Wohle und für die Sicherheit der Bevölkerung ehrenamtlich tätig zu sein, ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Die ehrenamtlichen Helfer opfern vielfach ihre persönliche Freizeit, um an Einsätzen und notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen zu können. Diese Bereitschaft muss erhalten und weiter gefördert werden. Zur Sicherstellung des Nachwuchses in allen Bereichen kommt den Jugendabteilung wie z.B. der Jugendfeuerwehr eine bedeutende Rolle zu.

Feuerwehren, Katstrophenschutz

Die Kräfte der Feuerwehren im Landkreis tragen durch Ihre Arbeit dazu bei, dass alle Bürger in einem Gefühl der Sicherheit leben können. Die Anforderungen an die ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren sind in den letzten Jahren erneut gestiegen. Die Lehrgangs- und Weiterbildungsangebote auf Kreisebene müssen daher zuverlässig stattfinden können. Die FDP setzt sich deshalb für eine grundhafte Sanierung oder -alternativ- einen Neubau der veralteten Atemschutzstrecke in Dieburg ein. Zur Entlastung der ehrenamtlichen Feuerwehren ist die Personalstärke der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz zu überprüfen. Im Vergleich zu anderen Landkreisen ist hier eine Unterbesetzung festzustellen

Sport, Kultur, Vereine, Ehrenamt

Die kulturellen, sportlichen und sozialen Angebote sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten in Vereinen und Einrichtungen entscheiden wesentlich über die Lebensqualität und Teilhabechancen vor Ort. Kultur und Sport gelten manchen heute als „freiwilliges“, verzichtbares Angebot der Kommunen. Das sehen Freie Demokraten anders. Für Freie Demokraten sind die öffentlichen und privaten Investitionen für Kultur und Sport echte Zukunftsinvestitionen. Freie Demokraten wollen die Bereitstellung von Infrastruktur, Einrichtungen und Programmen sicherstellen.

Kunst und Kultur sowie Sport- und Freizeitangebote sind aber auch wichtige Standortfaktoren für Städte und Gemeinden. Sie stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und beeinflussen die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften sowie Familien.

Sport

Wir unterstützen die Sport- und Vereinsförderung im Landkreis um die Leistungsfähigkeit unserer Vereine zu erhalten. Wir setzen uns für den Erhalt des Bürgerschaftsprogramms des Kreises für das Modell GUT der Sparkasse ein, um die Vereine bei ihren notwendigen Investitionen zu unterstützen. Vereine sollen auch weiterhin die kreiseigenen Sporthallen kostenfrei nutzen können. Für diese soll nach Beendigung des laufenden Investitionsprogramms für die Schulen ein Prioritätenkatalog für notwendige Sanierungsmaßnahmen beschlossen abgearbeitet werden. Um den lebenswichtigen Schwimmunterricht an unseren Schulen weiterhin zu erhalten brauchen wir ein Konzept, das den Erhalt der Schwimm- und Trainingsbäder im Kreisgebiet unterstützt und gewährleistet.

Kultur

Die ausgelobten Preise für bildende Kunst und Literatur sowie der Denkmalschutzpreis sollen in bisherigem Umfang erhalten bleiben. Im Rahmen des Kultursommers Südhessen engagiert sich der Kreis gemeinsam mit den Kommunen und fördert regionale Kulturinitiativen und Kunstschafter. Der renommierte Georg-Christoph-Lichtenberg-Preis, den der Landkreis Darmstadt-Dieburg bereits seit seinem Bestehen und inzwischen alle zwei Jahre abwechselnd für Literatur und bildende Kunst vergibt, diesen wollen wir in der jetzigen Form erhalten.

Vereine und Ehrenamt

Vereine sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie vermitteln Werte und sorgen für den sozialen Zusammenhalt. Durch ihre Angebote vor Ort leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen, Jugendförderung und zur Integration. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Dies zu unterstützen ist ein besonderes Anliegen der Liberalen.

Die Förderung von Vereinen in Form von finanziellen Zuwendungen muss im bisherigen Umfang beibehalten werden. Auch in Zeiten knapper Kassen darf hier keine Kürzungen vorgenommen werden.

Der Landkreis muss seine Möglichkeiten nutzen, gemeinsam mit den Kommunen und Verbänden, die Vereine an einem Tisch zu bringen und den Austausch von Erfahrungen, erfolgreichen Konzepten und Ressourcen zu ermöglichen und die Zusammenarbeit von Vereinen zu fördern.

Die Ehrenamtskarte ist ein Zeichen der Wertschätzung des Ehrenamts. Wir fordern die Ausweitung dieser Initiative.

Flüchtlinge, Integration

Die Integration von Flüchtlingen ist unsere humanitäre Verantwortung. Für ein friedliches, gesellschaftliches Zusammenleben ist es aber unabdingbar, dass für niemanden ein Zweifel daran besteht, dass die gleichen rechtstaatlichen Regeln für alle gelten und diese auch entschieden durchgesetzt werden müssen.

Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen stellt Kreise, Städte und Gemeinden aktuell vor allem im Ballungsraum vor große Herausforderungen. Wohnraum ist dort ohnehin knapp und daher relativ teuer. Land und Bund sind aufgefordert, ihren Pflichten nachzukommen und die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten vollständig zu übernehmen.

Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre die Bewältigung der Flüchtlingsströme bisher nicht möglich gewesen. Noch größer ist die Aufgabe, Flüchtlinge dauerhaft zu integrieren. Hier gilt es, in allen Kommunen Flüchtlingen die deutsche Sprache zu vermitteln, Kinder und Jugendliche in das jeweilige Betreuungs- und Bildungssystem zu integrieren und Zugänge zum örtlichen Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, Hemmnisse abzubauen, erwarten aber im Gegenzug auch Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen auf der Basis unseres Grundgesetzes und unserer freiheitlich demokratischen Werteordnung.

Die Bereitstellung von geeigneten Wohnmöglichkeiten kann nur im Zusammenwirken mit den Kommunen des Landkreises gelingen. Der Prozess der Integration für Diejenigen, die vorübergehend oder auf Dauer hier bleiben wollen, muss umgehend eingeleitet werden. Sprachkurse, Praktika in den Betrieben, Qualifizierungen für den Arbeitsmarkt, Einrichtung von Intensivklassen an den Schulen und die Schaffung von Sozialwohnungen gehören zu den elementaren Voraussetzungen, damit Integration gelingen kann.

Der Landkreis soll sich bei Bund und Land dafür einsetzen, dass entsprechende Programme aufgelegt werden, die geeignet sind, die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft und auf den Arbeitsmarkt erfolgreich zu gestalten. An den Schulen sind zusätzliche Lehrkräfte einzustellen, damit in den Intensivklassen möglichst zügig die erforderliche Sprachkompetenz erworben werden kann.

Dabei soll dringend darauf hingewirkt werden, dass das Arbeitsverbot für Asylbewerber abgeschafft wird. Eigene Arbeit bietet die besten Voraussetzungen für Integration.